

Steuer gegen Armut = Steuer gegen Terror und Kriminalität = Steuer gegen illegale Migration

Stellungnahme von Jörg Alt SJ, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut", vorgelegt anlässlich der Expertenanhörung des Finanzausschusses am 17.5.2010

Gliederung:

1. Warum initiierte die Jesuitenmission die Kampagne "Steuer gegen Armut"?
2. Einordnung der Stellungnahme in Bezug auf die Grundlagen der Anhörung
3. Warum eine "Steuer gegen Armut"?
 - 3.1. Die Situation armer Länder zwischen Versprechung und Realität
 - 3.2. Steuer gegen Armut als Frage der Gerechtigkeit
 - 3.3. Steuer gegen Armut aus wohlverstandenen, aufgeklärtem Eigeninteresse
 - 3.3.1. Beispiel Terrorismus und Kriminalität
 - 3.3.2. Beispiel illegale Migration aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit
 - 3.3.3. Beispiel illegale Migration aus Gründen klimatischer Veränderungen
 - 3.4. Zwischenbilanz
4. Aktuelle Chancen
5. Schluss

1. Warum initiierte die Jesuitenmission die Kampagne „Steuer gegen Armut“?

Mit dem Schreiben vom 22. April erging an mich die Einladung, als Experte für die Kampagne "Steuer gegen Armut" an der Anhörung durch den Finanzausschuss des Deutschen Bundestags am 17.5. teilzunehmen. Ebenso wurde mir die Gelegenheit gegeben, vorab eine schriftliche Stellungnahme einzureichen. Diese Gelegenheiten nehme ich dankbar wahr. Zunächst einige Worte, warum ich, warum die Jesuitenmission die Kampagne überhaupt erst ins Leben gerufen hat.

Juli 1989, Belfast

Beim Bummel durch die Innenstadt in Belfast explodiert 100 m vor mir eine Bombe. Es gibt Tote und Verletzte. Warum tun die das?, frage ich. Weil sie sonst nichts zu tun haben, so die Antwort.

Herbst 1997, Leipzig, Sommer 2002, München und Berlin

Ich spreche im Rahmen meiner empirischen Feldstudien¹ mit Menschen, die gewöhnlich als "kriminelle Schleuser" und "Organisierte Verbrecher" bezeichnet werden. Warum tut ihr das?, frage ich. Weil es zu Hause keine Jobs und Versicherungen gibt, unsere Familien aber was zum Essen brauchen und Arzt-, Schul- sowie Krankenhausrechnungen zu bezahlen sind, so die Antwort. Eine Antwort im Übrigen, die nahezu alle 'illegale' Migrantinnen, die ich befrage, in der einen oder anderen Weise bestätigen.

Sommer 2007, Toledo District, Belize

Während der Vorbereitung des jährlichen Jugendtreffens meiner Pfarrei werden auf einmal die Lebensmittel knapp: Es entstehen Lieferengpässe, die Preise steigen horrend, sogar das Armen-Ernährungsprogramm der Pfarrei gerät in Gefahr. Woran liegt das?, frage ich. Wir wissen es nicht, so die Antwort. Wenige Wochen später erfahre ich, dass diese Verknappung und Teuerung, die andernorts zu Hungeraufständen geführt hat, durch Spekulation mit "Agrarrohstoffen", so das Börsenwort für Lebensmittel, künstlich verursacht wurde.²

Sommer 2008, Toledo District, Belize

Mir fällt in meiner Pfarrei zunehmend auf, dass Männer die Dörfer verlassen, um als 'illegale' Migranten nach Los Angeles zu gehen. Warum lasst ihr eure Familien allein?, frage ich. Weil wir anders nicht das Schulgeld für uns-PFere Kinder zusammen bekommen, so die Antwort.

Sommer 2009, Chinhoyi, Zimbabwe

Ich bekomme in Zimbabwe das Terrorregime der "Grünen Bomber" mit, Jugendgangs, die im Dienst von Robert Mugabes ZANU Partei stehen. Warum tun sie das?, frage ich. Weil kein Geld mehr da ist, um die Lehrer in den Schulen zu bezahlen, so die Antwort, und die Partei die einzige Organisation ist, die sich um die Jugendlichen kümmert – jedenfalls dort, wo es keine katholischen Schulen gibt: Denn die funktionieren aufgrund der internationalen Vernetzung und Spenden weiter und können ihren Lehrern weiter ein Gehalt zahlen.

Sommer 2009, irgendwo in Kenia

Mir fallen Kinder, Erwachsene, Alte auf, deren Auge irgendwie milchig sind und die nicht mehr sehen können. Was ist das?, frage ich. Eine Trachominfektion, so die Antwort. Warum tut man nichts dagegen?, frage ich. Weil wir kein Geld haben, so die Antwort.³

Wer auf dem Hintergrund solcher Erfahrungen mitbekommt, wie über Jahre hinweg bei der Entwicklungshilfe herummanipuliert wird, um sie hoch aussehen zu lassen, ohne dass reales Geld fließt⁴, plötzlich aber viele reale Milliarden für die Rettung von Finanzinstitutionen gefunden werden, die sich schon wieder Milliardenboni zuteilen, während andere immer noch bzw. immer mehr unter den Krisenfolgen leiden – der wird zornig und will etwas daran ändern.

Und aus diesem Grund habe ich/hat die Jesuitenmission im Sommer 2009 die Kampagne "Steuer gegen Armut" initiiert.

Bei allem Verständnis, das ich für die Komplexitäten des internationalen Finanzsystems habe, bei aller Anerkennung der Bemühungen, die unternommen werden, um eine Lösung für die Krise und für die Kostenbeteiligung des Finanzsektors an den Krisenfolgen zu finden, so möchte ich hier und heute daran erinnern, dass andere Weltgegenden nochmals drastischer, elementarer und existenzieller unter den direkten und indirekten Auswirkungen der Weltfinanzkrise leiden als die reichen Länder der Welt.

Ich möchte hier und heute daran erinnern, dass für eine verstärkte Armutsbekämpfung, dass für die Einhaltung der Millenniums-Entwicklungsziele nicht nur die Gefühlsduselei von Gutmenschen spricht, sondern auch das Eigeninteresse der reichen Länder.

2. Einordnung der Stellungnahme in Bezug auf die Grundlagen der Anhörung

Die Grundlagendokumente der heutigen Anhörung sind:

- Das Papier "Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung" der Bundesregierung
- Der Antrag "Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen" von Bündnis 90/Die Grünen
- Der Antrag "Finanztransaktionssteuer international vorantreiben und national einführen" der Linkspartei
- Der Antrag "Die Banken sollen für die Krise zahlen" der Linkspartei

- Der Antrag "Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen – Internationale Finanztransaktionssteuer einführen" der SPD

Im Sinne einer allgemein-programmatische Vorbemerkung ist eine Finanztransaktionssteuer aus Sicht der Kampagne eine Win-Win Situation für (fast) alle:

Zunächst ist sie ein vorzüglich geeignetes Mittel, um Missstände auf den Finanzmärkten anzugehen und sie zu stabilisieren:

- Sie trägt dem Sachverhalt Rechnung, dass es schwer sein kann, sinnvolle von sozialschädlichen Produkten und Aktionsweisen zu unterscheiden. Sie bestraft nicht unkritisch/willkürlich einzelne Produkte/Finanzmarktakteure (während andere davon befreit sind), sondern belastet in erster Linie "sozialschädliches Verhalten" (Lord Adair Turner)⁵, etwa, indem sie primär kurzfristige Finanztransaktionen belastet, nicht aber mittel- und langfristige Investitionen in die Realwirtschaft.
- Da die Steuer beim Handel/bei der Tätigkeit selbst ansetzt ist sie billiger umsetzbar als die "risikoadjustierte Bankenabgabe", die vom Verwaltungsaufwand/der Umsetzung her aufwändiger ist.
- Sie schont jene Finanzmarktakteure, die sich verantwortungsvoll am Markt verhalten und kassiert von jenen, die kurzsichtig auf den schnellen und hohen Profit aus sind.
- Die technischen Voraussetzungen zur Umsetzung sind über bereits vorhandene Software, Clearing- und Settlement Mechanismen vorhanden.
- Sie ist aufgrund ihres niedrigen bzw. gestaffelten Satzes ein sehr schonender Eingriff in das Finanzgeschehen insgesamt.
- Sie macht bereits Sinn im Rahmen der EU oder auch nur der Eurozone, man muss nicht damit warten, bis der Rest der Welt dafür gewonnen ist.
- Sie schont den "Kleinen Anleger" und belastet Finanzalchemisten und andere "Masters of the Universe".

Warum das so ist und warum eine Finanztransaktionssteuer besser ist als eine Bankenabgabe, dazu werden heute bei dieser Anhörung kompetentere Leute etwas sagen. Ich verweise etwa auf Dr. Marit Schratzenstaller und Staatssekretär Schieder aus Österreich, Peter Wahl und Andreas Neukirch aus Deutschland, oder Sony Kapoor sowie schriftliche Stellungnahmen aus dem englischsprachigen Ausland.

Als Mitarbeiter einer Entwicklungshilfe-Organisation werde ich in meiner Stellungnahme vor allem zum zweiten Vorteil der Finanztransaktionssteuer etwas sagen: Ihrem Potenzial, regelmäßig und verlässlich riesige Summen an Geld zu generieren. Natürlich ist mir bewusst, dass die Höhe der Einnahmen von vielen Faktoren abhängt, etwa (a.) wie hoch der Steuersatz ist, (b.) welche Produkte besteuert werden sollen, (c.) wie sehr sich das Handelsvolumen mit diesen Produkten aufgrund der Besteuerung verändern wird. Dennoch scheinen mir Berechnungen glaubhaft und nachvollziehbar, dass wir bereits innerhalb Europas mit dreistelligen Milliardenbeträgen rechnen können.⁶ Die Kampagnenträger fordern in ihrem Offenen Brief an die Bundesregierung, der Grundlagendokument der Kampagne ist, dass diese Gelder "zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden".

Auf diesem Hintergrund kritisiere ich am Eckpunktepapier der Bundesregierung in der vorliegenden Form, dass es rein auf die Banken und den öffentlichen Haushalt zugeschnitten ist und keinerlei Gedanken auf die Millenniums-Entwicklungsziele oder die Armutsbekämpfung verschwendet, obwohl ich weiß, dass im Vorfeld auch Varianten

diskutiert wurden, die diesem Aspekt einen Platz gegeben hätten. Egal welche Maßnahme beschlossen wird, die Kampagne wird sich nur zustimmend und zufrieden zu irgendetwas äußern, welches die Armen der Welt auch im Blick hat.

Dies ist bei den Anträgen von Grünen, Linkspartei und SPD der Fall, deshalb begrüße und unterstütze ich deren Intention durch meine nachfolgende Argumentation.

Mir ist dabei bewusst, dass weder SPD, noch Linke noch Grüne eine komplette Umwidmung der Einkünfte aus einer Finanztransaktionssteuer zur Armutsbekämpfung befürworten. Dennoch wäre das, was deren Anträge anzielen, ein enormer Fortschritt zum Ist-Stand.

3. Warum eine "Steuer gegen Armut"?

3.1. Die Situation armer Länder zwischen Versprechung und Realität

In den Millenniums-Entwicklungszielen wurde im Jahr 2000 versprochen, dass man bis 2015 weltweit etwa Armut, Hunger und Krankheiten drastisch verringern, Zugang zu Bildung verbessern, die Umwelt in armen Ländern besser schützen will. Dazu braucht es aber Geld, und dort, wo es für Modellprojekte, etwa die "Millenniums-dörfer", oder großangelegte Gesundheitskampagnen zur Verfügung steht, entwickeln sich die Dinge zufriedenstellend.⁷ Nur: Wie steht es um strukturelle, dauerhafte und nachhaltige Verbesserungen jenseits punktueller Erfolge?

Das Bekenntnis von Rio aus dem Jahr 1992, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, rückt faktisch ebenso in weite Ferne wie die Versprechen der G8 Staaten 2005 in Gleneagles, für Afrika bis 2010 pro Jahr 25 Milliarden US\$ für Entwicklung und Armutsbekämpfung bereitzustellen. Dabei wäre dieses Geld, so die G8, nur "die Hälfte jener erforderlichen Summe, die es afrikanischen Ländern ermöglichen würde, ihre Wachstumsraten aus der Zeit vor der Krise abzusichern. Es wäre aber keinesfalls ausreichend, um den Kontinent in die Nähe der Millenniumsziele zu bringen."⁸

Faktisch flossen dann noch nicht einmal diese versprochenen Summen: Konkret wird Afrika 2010 wohl nur die Hälfte der versprochenen Gelder erhalten (11 statt 25 Milliarden), konkret müsste Deutschland, wenn es das Ziel von 0,7% BNE im Jahr 2010 erreichen wollet, im Jahr 2010 eine ODA Quote von 0,51% erreichen. Faktisch liegt es derzeit gerade bei 0,41%; viel zu wenig, wengleich ein Anstieg von 0,35% in 2009.⁹

Deshalb dürfte niemand überrascht sein, dass aktuell bei den Millenniums-Entwicklungszielen Rückschritte zum Stand von vor der Krise zu verzeichnen sind: Armut und Hunger nehmen nicht mehr ab, sie nehmen wieder zu: Ca. eine Milliarde Menschen leiden nun schon für das zweite Jahr in Folge unter Unterernährung und Hunger, auch viele andere Millenniumsziele werden, wenn sich gegenwärtige Trends fortsetzen, regional oder global nicht erreicht werden können.¹⁰

Die verfügbaren eigenen Ressourcen der armen Länder reichen vorn und hinten nicht um die Folgen der diversen Krisen für Ihre Bevölkerungen finanziell ausgleichen zu können: Ihnen brechen Einnahmen weg durch

- sinkenden Rohstoffexport
- sinkende Steuereinnahmen
- steigende Schuldendienste
- sinkende Remissen von im Ausland lebenden Bürgerinnen und Bürgern¹¹

Für die konkret dort lebenden Menschen sind die Konsequenzen Arbeitslosigkeit (ohne Sozialversicherungen!), Engpässe bei der Gesundheitsversorgung und Schulbildung sowie steigende Lebenshaltungskosten, wobei bedacht werden muss, dass Lebensmittelkosten im "Warenkorb" armer Menschen einen wesentlich höheren prozentualen Anteil hat als in Deutschland: Hier beträgt der Anteil 10-30%, dort 60-80%. Ein Preisanstieg von 50% bei Lebensmitteln führt hier zu einer insgesamt Ausgabensteigerung von 6%, dort um 21%.¹²

Die Situation ist gerade in den marginalisierten Ländern dieser Welt am schlimmsten und hat auch gravierende Auswirkungen auf die Hilfe zur Selbsthilfe dort lebender Menschen.¹³

Aus diesem Grund ist eine Steuer gegen Armut zunächst eine Frage der Mitmenschlichkeit und des Mitleids.

Es ist aber auch eine Frage der Verlässlichkeit: Was macht es für einen Sinn, Dinge feierlich zu deklarieren, wenn man sie doch nicht hält? Was für ein Recht hat man, an andere Länder Forderungen zu stellen, wenn man selbst gesteckte und öffentlich verkündete Standards und Selbstverpflichtungen nicht erfüllt?

3.2. Steuer gegen Armut als Frage der Gerechtigkeit

Eine "Steuer gegen Armut" ist sodann eine Erfordernis globaler Gerechtigkeit und des korrekten-ethischen Handelns unter den Menschen in der zunehmend vernetzten Einen Welt, denn: Es ist eine Krise, die die ganze Weltgemeinschaft betroffen hat, deshalb muss sie auch im Hinblick auf die ganze Weltgemeinschaft gelöst werden. Es ist ein weithin anerkanntes ethische Prinzip, dass derjenige, der einen Schaden verursacht, auch (im Rahmen seiner Möglichkeiten) für die Behebung des Schadens sorgen muss, oder falls dies nicht möglich ist, Wiedergutmachung leisten muss (Verursacherprinzip).

Konkret auf unsere heutige Situation angewendet: Die derzeitige Krise wurde (von Akteuren) in den reichen Ländern verursacht, die armen Länder wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen und geschädigt. Also ist es nur gerecht und billig, dass die verursachenden Akteure in den reichen Ländern (v.a. Banken und bankenähnliche Finanzmarktakteure) einen angemessenen finanziellen Betrag leisten, damit die Schäden auch bei den armen Ländern ausgeglichen werden können.

Nun ist es mit ethischen Argumenten und Gerechtigkeitsappellen leider in der Regel so, dass sie denen, an die sie gerichtet werden, ziemlich egal sind. Warum soll ein Banker seine Boni kürzen oder sich durch eine Finanztransaktionssteuer die Profite auf Spekulation mit CDSs oder Leerverkäufen schmälern lassen, wenn er sie doch bekommen kann?¹⁴ Auch wenn nicht ausgeschlossen wird, dass es Finanzmarktakteure mit einem ethisch-moralischen Funken Anstand gibt, wird die Masse, inklusive des "Kleinen Anlegers", dem 5% Zinsen schließlich auch lieber sind als 3,5%, lieber so weitermachen wie bisher.

Es gibt allerdings gute Gründe, Politik und Gesellschaft in den reichen Ländern klarzumachen, dass sie aus wohlverstandenenem und aufgeklärtem Eigeninteresse den Akteuren auf den Finanzmärkten Zügeln anlegen und faire Beiträge für die Förderung des globalen Gemeinwohl auferlegen müssen, wenn sie gravierenden Auswirkungen und Schäden für alle vorbeugen wollen. Deswegen sitzen wir hier, und dafür bin ich dankbar. Bitte gestatten Sie mir, aus meiner Sicht drei Beispiele dazu zu geben:

3.3. Steuer gegen Armut aus wohlverstandenenem, aufgeklärtem Eigeninteresse

Bleibt alles so, wie es momentan ist, wird sich gesellschaftlicher Zerfall, der in gewissen Ländern der Erde bereits erkennbar ist, beschleunigen und zu Auswirkungen führen, die bis in die reichen Länder hinein zu spüren sein werden.

3.3.1. Beispiel Terrorismus und Kriminalität

Auf dem Hintergrund meiner oben (1.) dargelegten Einsichten in kriminelle Milieus ist es für mich offensichtlich, dass Terrorismus und Kriminalität einerseits, sowie Elend, Verzweiflung und Perspektivlosigkeit andererseits in einem Zusammenhang stehen. Natürlich gilt es unter denen, die zur Gewalt greifen, zu unterscheiden zwischen jenen, die aus ihrer elenden Situation heraus selbst zu Gewalttätern werden, indem sie etwa Steine werfen bzw. sich zu "Gotteskriegerern" oder Selbstmordattentätern ausbilden lassen und jenen hochgebildeten und (relativ) wohlhabenden Tätern, die ihre Gewalttat durch Verweis auf die elende Situation weiter Bevölkerungsgruppen legitimieren. Dennoch ist das Ergebnis des Handelns beider Gruppen dasselbe: Gewaltakte, deren Ziel Destabilisierung und die Verbreitung von Schrecken ist.

Hinzu kommt die Unmöglichkeit, Attentäter polizeilich/geheimdienstlich zu ermitteln oder zu verfolgen, wenn sie ganze Stadtviertel, Bevölkerungsgruppen oder Landstriche haben, in denen sie untertauchen können und wo sie von den dort lebenden Menschen gedeckt und versteckt werden.

Dies ist natürlich ein hochkomplexes Gebiet, aber niemand dürfte bestreiten können, dass (vor allem) junge Leute weniger in der Gefahr sind, extremistisch zu werden oder extremistischen Verführern auf den Leim zu gehen, wenn es nicht zum Zerfall staatlicher Ordnung kommt, in deren Folge sich kriminelle, extremistische und terroristische Organisationen als quasi-staatliche Strukturen etablieren können, wie dies etwa im Nahen Osten,¹⁵ Afghanistan¹⁶ und Gegenden von Pakistan der Fall ist.¹⁷ Oder umgekehrt: Dass (vor allem) junge Leute, wenn sie eine gute Schul- und Berufsausbildung und eine realistische Aussicht auf einen Job haben, nicht so leicht mit Hass auf den Westen indoktriniert werden können, gegen den sich zu wehren ein gerechter und heiliger Krieg sei.¹⁸

Wie nachvollziehbar und einleuchtend das Vorstehende sein sollte, veranschaulicht folgendes: Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak, Stratege des viel kritisierten Angriffs auf Gaza Ende 2008/Anfang 2009, wird wie folgt zitiert: "Wäre ich nicht als Israeli, sondern als Palästinenser geboren worden, wäre ich heute auch Terrorist".¹⁹

Ähnliche Argumente könnten gegeben werden für die Attraktivität bzw. Alternativlosigkeit zum Engagement vieler im Bereich der Organisierten Kriminalität oder die Hintergründe, die zu einem generellen Zerfall von *governance*, Zivilisation und Recht sowie das Wiedererstarken von Anarchie, Barbarei und dem "Recht des Stärkeren" führen.²⁰

Auch die Diskussion, warum fast zehn Jahre militärische Präsenz in Afghanistan uns bislang den angestrebten Zielen kaum nähergebracht hat, gehört in diesen Kontext. Der Bundeswehr-Nachrichtenoffizier Marc Lindemann etwa beschreibt, dass viele Afghanen sich am Terror gegen die ISAF deshalb beteiligen, weil es für sie eine gute Verdienstmöglichkeit in Gegenden ist, wo es keine regulären Jobs gibt.²¹

All dies ist keine neue Erkenntnis: Vor ganz langer Zeit, nach den Anschlägen vom 11.9.2001, gab es beispielsweise auf der Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Unterverzeichnis "Friedenssicherung", sehr

informative Ausführungen unter der Überschrift "Gerechtigkeit ist das beste Mittel gegen Terror."²² Diese Website ist inzwischen gelöscht worden.

3.3.2. Beispiel illegale Migration aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit

Ein weiteres Argument für die Umwidmung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer in Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung ist illegale Migration. Auch hier möchte ich zunächst zwei Bereiche unterscheiden: Einen Bereich, wo in absehbarer Zeit nachhaltige Erfolge erzielt werden könnten und einen mittel- und langfristigen Bereich, der auf lange Zeit große Aufwendungen erfordern wird.

Beim ersten Bereich handelt es sich um akut-aktuelle Missstände, die zu illegaler Migration führen und die durch Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung abgemildert werden könnten. Wenn Menschen die Geduld und das Vertrauen in die Entwicklung und Zukunft ihres Landes verlieren und dazu vielleicht die Notwendigkeit haben, Geld für ihre Familien verdienen zu müssen, dann ist die Option der illegalen Migration, d.h. ohne Erlaubnis dorthin zu gehen, wo (vermeintlich) gute und gut bezahlte Jobs zu finden sind, in der heutigen Welt nicht nur eine attraktive, sondern zudem umsetzbare Option. Erst recht gilt dies für all jene, die im kommerziellen und kriminellen "Schleusungsbusiness" ihren Job haben und dies damit begründen, dass ihnen keine legalen Verdienstalternativen zur Verfügung stünden.

Freilich: Mit 'etwas mehr' Entwicklung in den armen Ländern ist es in der zusammenwachsenden Welt nicht getan. Entwicklung hat dann keine Aussicht darauf, Menschen zum Verbleib zu bewegen, wenn ihr keine Nachhaltigkeit zugemessen wird. Konkret reicht es nicht, mit Entwicklungshilfe in armen Ländern diese oder jene Produktionsweise zu verbessern oder Jobs zu schaffen, wenn man zugleich mit Protektion und Subvention verhindert, dass die dann erzeugten Güter gehandelt oder verkauft werden können.

Wie man es aber dreht und wendet: Folgt man Jeffrey Sachs, so ist eine selbsttragende Entwicklung armer Länder ohne eine "Anschubfinanzierung" der reichen Länder nicht möglich. Und selbst wenn dies geschehen ist, sind weitere Kosten zu bedenken. Wenn man etwa den Produkten Afrikas eine faire Chance auf dem europäischen Markt einräumt: Welche Folgekosten hätte dies für die europäischen Bauern, die ihre gegenwärtigen Arbeitsplätze der EU-Protektion und Subvention verdanken?²³

Wir sprechen hier über sehr große Summen, wenngleich hierher natürlich auch Gelder aus der Umwidmung jener Beträge einfließen könnten, die derzeit in die nicht sonderlich effizienten Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen gesteckt werden.²⁴ Erforderlich ist aber der Mut, vorhandene Einsichten politisch endlich umzusetzen. Etwa die nachstehende des Europäischen Rats von 1998:

"Ausweitung der Entwicklungshilfe und der ökonomischen Kooperation mit den Hauptauswanderungsregionen ist unverzichtbar. Dabei darf man nicht die Illusion haben, dass sich hierdurch kurzfristig dämpfende Effekte auf die Emigration ergeben; unter Umständen kann auch das Gegenteil der Fall sein: In einer ersten Phase führt ein ökonomischer Aufschwung unter Umständen zu verstärkter Auswanderung aus den Ballungsräumen der Dritten Welt. Mittelfristig - und hier geht es nur um einen Zeitraum von wenigen Jahren - sinkt aber dann das Emigrationsvolumen beträchtlich".²⁵

3.3.3. Beispiel illegale Migration aus Gründen klimatischer Veränderungen und Katastrophen

Darüber hinaus gibt es noch weitere Gründe, warum man mittel- und langfristig Reserven für humanitäre Hilfe, Armutsbekämpfung und Entwicklungsaufgaben anlegen sollte: Projiziert man die Entwicklungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte in die Zukunft, so ist anzunehmen, dass in absehbarer Zeit Katastrophen und Tragödien zunehmen werden: Die Klimaveränderung (wobei egal ist, wodurch sie verursacht wird!) wird vermehrt Hungersnöte, Wasserknappheit, Wetterextreme und Krankheiten mit sich bringen; steigende Meeresspiegel werden Investitionen in aufwändige Schutzmaßnahmen oder gleich Umsiedlungen erzwingen; es gibt Gründe zur Annahme, dass es zu weiteren Ereignissen innerhalb des so genannten "Pazifischen Feuerrings", einem Gebiet großer geologischer Instabilität, kommen wird.²⁶

Solche Ereignisse sind inzwischen nicht nur weitgehend als migrationsrelevant anerkannt. Zunehmend halten Experten umwelt- und katastrophenbedingte Migrationsbewegungen sogar für den größten migrationsauslösenden Push-Faktor überhaupt.²⁷

Auch wenn Migration aus solchen Gründen in der Regel 'nur' die Region betrifft, in der diese Ereignisse geschehen, so ist zweierlei zu bedenken: Zum einen wirken sich solche Massenbewegungen destabilisierend auf diese Regionen insgesamt aus, was weitere Migration auslösen wird, zum zweiten werden sich wohlhabendere Bewohner von Gegenden, die von ökologischer Degradierung perspektivisch betroffen sind, irgendwann überlegen, ob eine legale oder illegale Fernmigration nicht sinnvoller ist als das Ausharren vor Ort.

Entsprechend wäre es sinnvoll, einen internationalen Katastrophenfonds anzulegen, aus dem Hilfe vor Ort finanziert werden könnte und die Lasten für die Staatengemeinschaft fairer verteilt werden könnten. Ein solcher Fonds wäre vor allem dann wichtig, wenn die Tragödie nicht derart medien- und spendenwirksam ist wie beim Tsunami 2004 oder in Haiti 2010, sondern eher schleichend und für die mediale Berichterstattung uninteressant, wie etwa Hungersnöte, Epidemien oder Zerstörung durch saisonal wiederkehrende Stürme.²⁸

3.4. Zwischenbilanz

Ein sehr gutes Beispiel sowohl für das Entstehen von Terror als auch illegaler Migration in der Folge von politisch-wirtschaftlichem Niedergang, Ausbeutung und Naturkatastrophen ist die Situation in Somalia, nur dass die Form des dort angewendeten Terrors als "Piraterie" bekannt geworden ist. Somalia verdeutlicht zudem anschaulich, wie Probleme auswachsen können, wenn man sie anfänglich ignoriert oder verdrängt, und dass der unausweichliche Umgang damit am Ende wesentlich mehr kostet.²⁹

Das Fatale ist, dass nicht nur Entwicklungspolitiker, sondern auch Sicherheitspolitiker längst um diese Zusammenhänge wissen, dass es aber immer noch unmöglich ist, daraus die angemessenen Schlüsse zu ziehen. Statt präventiv zu arbeiten, bevor Dinge aus dem Ruder laufen, investiert man (zwangsweise) nur dann reaktiv-repressiv riesige Summen, wenn es bereits zu spät ist, wie der Militäreinsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika, fortgesetzte Hochrüstung von Polizei- und Sicherheitsdiensten, oder repressive migrationspolitische Maßnahmen belegen, wobei letztere manchmal genau das fördern können, was sie zu bekämpfen anstreben (etwa das Anwachsen und die Perfektionierung von 'Schleuserkriminalität').³⁰

Dabei ist natürlich klar, dass Geld nicht alles ist. Aber ohne Geld ist vieles nichts und wird sich auch nicht aufhalten oder verbessern lassen. Dabei sind Einigkeit hinsichtlich Handlungsbedarf und -strategien bei den Millenniumszielen 1 und 2 (Halbierung des Hungers und Grundschulbildung für alle Kinder) vermutlich leichter zu erlangen und umzusetzen als bei den anderen Zielen. Aber immerhin wäre eine verstärkte Investition in die

Millenniumsziele 1 und 2 ein guter Anfang, auch und gerade weil Bildung der Schlüssel für jede Hilfe zur Selbsthilfe ist.

Ebenso ist auch klar, dass der Westen viele Probleme, die in armen Ländern herrschen, nicht *für* die dort lebenden Menschen lösen kann. Das ist, wie der Westen aufgrund von Afghanistan allmählich realisiert, auch nicht immer möglich oder wünschenswert. Andererseits ist auch nicht bestreitbar, dass es viele Probleme in diesen Ländern nicht gäbe, wenn die heute Reichen dieser Welt sie nicht Jahrhundertlang so behandelt hätten wie sie es nun mal getan haben und sie deshalb eine entsprechende Schuld abzutragen haben.

Es ist unabdingbar, dass Reich und Arm sich endlich auf Augenhöhe mit Respekt, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit begegnen. Der Westen muss dabei dem Rest der Welt glaubwürdig vermitteln, dass man die in armen Ländern Lebenden nicht länger als Ausbeutungs- und Verfügungsmasse betrachtet, sondern dass man sie als Menschen mit gleicher Würde und vergleichbaren Bedürfnissen und Träumen wahr- und ernstnimmt und sie in ihrem Lebensumfeld bei der Umsetzung derselben unterstützen will.

4. Aktuelle Chancen

Das wirklich Gute an der Finanztransaktionssteuer ist, dass sie ein Instrument zur Finanzierung des Kampfes gegen Armut sein kann, das nicht mehr von Spendenfreudigkeit oder konjunkturell variierenden Möglichkeiten öffentlicher Haushalte abhängig ist, sondern das jährlich verlässliche Einnahmen in zwei- bis dreistelliger Milliardenhöhe zur Verfügung stellt. Mit diesen Einnahmen könnte langfristig, verlässlich und partnerschaftlich mit den armen Ländern an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gearbeitet werden – auch ein Millenniums-Entwicklungsziel.

Das Argument, die Einnahmen aus dieser Steuer könnten, da es sich um eine Steuer und nicht um eine Abgabe handelt, nicht für Entwicklung und Armutsbekämpfung zweckgebunden werden, ist strikt haushaltsrechtlich natürlich korrekt. Dennoch: Niemand hindert den Gesetzgeber, der für die Verteilung von Steuergeldern zuständig ist, diese Einnahmen dem Entwicklungsetat zuzuweisen.

Dabei gewinnt der Staat selbst mit dieser Steuer: Da die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer die derzeitigen Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit deutlich übersteigen würden, könnten die hier bisher verausgabten Steuergelder an anderer Stelle eingesetzt oder zur Schuldentilgung verwendet werden.

Freilich: Jeder Versuch, am Jetztstand des Finanzsystems irgendetwas effektiv zu verändern, wird auf großen Widerstand stoßen. Zunächst natürlich vom Finanzsektor und dessen Propagandisten selbst, aber auch durch jene Länder, die in besonderem Maße davon profitieren, dass in ihrem Hoheitsbereich ein überproportionaler Anteil der Finanzgeschäfte abgewickelt werden wie etwa der Schweiz, Großbritannien oder den USA.³¹

Hinzu kam bisher, dass in Politik und Gesellschaft weit auseinanderklaffende Vorstellungen darüber herrschen, was die richtigen Maßnahmen zur Zählung des Finanzmarkts denn seien. Globalisierungskritiker und Kirchen, Gewerkschaften und Konservative: Sie alle befürworteten Unterschiedliches zu verschiedenen Zeitpunkten. Entsprechend leicht war es bisher für die Verfechter des Status Quo, sie gegeneinander auszuspielen, entsprechend wenig passierte bis jetzt jenseits von Deklarationen und Absichtserklärungen.³²

In dieser aktuellen Krise sind allerdings zwei Dinge anders: Zum einen haben die Regierungen so viel Geld wie nie zuvor in das Finanzsystem hineingepumpt, entsprechend ist auch auf der Ebene politischer Verantwortungsträger eine gewisse Wut erkennbar, weil der Finanzsektor sich in vielen Bereichen schon wieder so gebärdet als sei nichts geschehen. Wenn man sich einig ist, kann ganz viel passieren, wie das koordinierte und effektive Vorgehen gegen Steueroasen 2009 belegt. Dabei ging es jedoch nur um Vermögenswerte. Noch kam es zu keinem Eingriff, der das Geschäftsgebaren im Finanzsektor selbst anzielt. Hier ist die Schmerzgrenze offensichtlich doch höher (oder Druck und Drohung durch die Lobbyisten). Der Beleg: Selbst als während der Griechenland-Krise erneut "die Märkte" die Politik vor sich hertrieben und zum Eingreifen mit Steuergeldern richtiggehend erpressten, einte dies nicht die Politik, endlich Partikularinteressen und nationale Egos hintanzustellen und zumindest innerhalb der EU den Finanzmärkten eine Leine anzulegen.

Dabei wäre eine demokratische Legitimierung für ein solches Vorgehen größer denn je:

In Deutschland hat sich im Bündnis "Steuer gegen Armut" eine bislang beispiellose Koalition unterschiedlichster Akteure in Politik und Gesellschaft gebildet. Sie vereint 'Attacies' und Banker, Bischöfe und Gewerkschaftler, Wissenschaftler und Entwicklungshilfeprofis sowie drei im Bundestag vertretene Parteien hinter seinen Forderungen. Hinzu kommen Zehntausende von Bürgern, die etwa die Online-Petition zur Transaktionssteuer an den Deutschen Bundestag mitgezeichnet haben.

Auch europaweit ist eine Zunahme zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Zustimmung zugunsten einer "Steuer gegen Armut" oder "Robin Hood Tax" zu verzeichnen, wie die Kampagnen in Österreich, Großbritannien, Italien und Frankreich belegen.

Selbst unter den Regierungen der EU gibt es viel Sympathie für eine (Form der) Finanztransaktionssteuer, etwa in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Österreich. Und bezüglich Deutschlands darf nicht übersehen werden, dass sich auch CDU und CSU für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen haben, und dass Wolfgang Schäuble sich nicht deshalb für eine Bankenabgabe entschieden hat, weil er die Finanztransaktionssteuer schlecht findet, sondern vielmehr deshalb, weil er sie aktuell auf der Ebene der G20 nicht für durchsetzbar erachtet.³³

Genau das macht aber die Frage unvermeidlich: Warum führt man eine (Form der) Finanztransaktionssteuer dann nicht im Rahmen der EU oder auch nur der Eurozone ein? Auch und gerade, weil die technischen Voraussetzungen alle vorhanden sind und 'lediglich' politischer Wille gefordert ist, die rechtlichen Voraussetzungen zu implementieren!

Könnte eine Finanztransaktionssteuer auf diese Weise gegen den Widerstand des Finanzkapitals und seiner Lobbyisten durchgesetzt werden, so wäre dies ein ganz praktischer, aber auch ein enormer psychologischer Erfolg für Politik und Gesellschaft. Bislang scheiterte jede effektive Reform des Weltfinanzsystems am Syndrom des Kaninchens vor der Schlange: Vor lauter Angst, dass das Kapital woanders hingehet, wurde ihm sein Lauf gelassen und genau dies ist die Drohung, die angesichts der Finanztransaktionssteuer-Debatte auch heute wieder ins Feld geführt wird³⁴ - ungeachtet der Tatsache, dass London trotz einer "Stamp Duty" von sage und schreibe 0.5% immer noch Europas größter Finanzplatz ist!

5. Schluss

Die Lage ist ernst und ich bin nicht überrascht, dass in Griechenland enorme soziale Unruhen ausgebrochen sind. Wer kann den Menschen die Wut verdenken, wenn der Eindruck besteht,

dass die Politik sich eher am Wohl der Banken als am Wohl der eigenen Bürger orientiert!? Ich möchte das Schlusswort Bundespräsident Köhler geben: Seiner Ansicht nach steht nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Glaubwürdigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells in Frage.

"Die Politik muss ihr Primat über die Finanzmärkte zurückgewinnen...damit Freiheit sich nicht selbst zerstört", so Köhler. Unter den vier vorrangigen Konsequenzen ist nach Köhler auch die Frage der Beteiligung des Finanzsektors an den durch ihn verursachten Kosten. Hierfür, so Köhler, "scheint mir eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen immer noch der beste Weg." Und dabei ist ihm auch wichtig, nicht ewig zu warten, bis alle G20 Staaten im Boot sind. "Ich glaube, dass die Euro-Gruppe gut daran täte, eigene kraftvolle Vorschläge für ein neues Regelwerk vorzulegen."³⁵ Wohlgermerkt: Der Bundespräsident spricht von der Euro-Gruppe, nicht einmal von der Europäischen Union.

Müssen wir warten, bis auch in anderen Ländern der Europäischen Union "griechenlandähnliche" Zustände ausbrechen, bis die Politik endgültig kraftvoll versucht, den Finanzmarkt wieder der gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen?

Gelänge u.a. mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein realer Schritt auf dem Weg zu einer (Neu-)Regulierung des Finanzsektors und zu dessen Beteiligung an den Kosten für die Bewältigung der Krisenfolgen, wäre dies sicher ein kraftvoller Beleg dafür, dass die Menschheit heute den "Masters of the Universe" eben nicht hilflos ausgeliefert sind und dass der Wille der demokratischen Mehrheit immer noch das Sagen hat und Regeln aufstellen kann, von denen alle, und nicht nur wenige, profitieren.

Gelänge eine (teilweise) Zweckbindung der so eingenommenen Mittel für die Millenniums-Entwicklungsziele und Armutsbekämpfung, würde dies die Akzeptanz unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell weltweit stärken.

Deshalb dürfen wir bei aller Sorge um UNSERE Banken, UNSERE Schulden und UNSERE Zukunft den Blick über den Tellerrand nicht vergessen. Und wenn irgendwann wieder Terroranschläge passieren, wenn irgendwo wieder Hunderttausende verhungern, wenn irgendwo wieder ein Container mit erstickten 'Illegalen' gefunden wird, dann sollte niemand mehr fragen müssen: "Hätte man das nicht verhindern können?" Auch dazu ist jetzt eine Gelegenheit. Bitte nützen wir sie.

¹ Alt, J. (1999) *Illegal in Deutschland*. Karlsruhe: von Loeper sowie ders. (2003) *Leben in der Schattenwelt*. Karlsruhe: von Loeper

² Wahl, P. *Food Speculation. The Main Factor of the Price Bubble in 2008*. Berlin, World Economy Ecology Development (WEED)

³ 84 Mio. Menschen leiden weltweit unter dieser durch Fliegen übertragenen Infektionskrankheit, die durch Wassermangel und schlechte hygienische Zustände begünstigt wird. Man kann es im Anfangsstadium mit Salben behandeln, eine OP kostet 15 Euro. Wird die Krankheit 10-20 Jahre nicht behandelt, führt sie zur vollständigen Erblindung (1,3 Mio. Menschen weltweit kann deshalb nicht mehr geholfen werden). Siehe http://www.christoffel-blindenmission.de/artikel/Artikel_167019.html

⁴ Z.B. Schuldenerlasse, Stipendien für ausländische Studierende, Unterbringung von Asylbewerbern... Vgl. Eurodad (European Network on Debt and Development) (ed.) Joint European NGO Report (2006) *EU Aid: Genuine Leadership or misleading figures? An independent Analysis of European Governments aid level*. Internetressource,

http://www.eurodad.org/uploadedFiles/Whats_New/Reports/Eurodad%202006EUAidReport.pdf

⁵ Lord Adair Turner, Vorsitzender der Londoner Börsenaufsichtsbehörde FSA. Siehe: Lord Adair Turner Roundtable: How to tame global finance? In: *The Prospect*, September 2009, Seiten 34ff.

⁶ Das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut geht davon aus, dass bei der Einführung einer **Generellen Steuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen**, je nach Höhe des Steuersatzes und des damit

vermuteten Rückgangs an Transaktionen in Europa zwischen 584,9 Mrd. US\$ (niedriger Rückgang, 0,1% Steuersatz) und 111,9 Mrd. US\$ (hoher Rückgang, 0,01% Steuersatz) und weltweit zwischen 1 310 Mrd. (niedriger Rückgang, 0,1% Steuersatz) und 247 Mrd. US\$ (hoher Rückgang, 0,01% Steuersatz), wobei hier mangels Daten Erlöse aus OTC Derivathandel beim Gütermarkt nicht enthalten sind. Siehe: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2009) *Trading Practices and Price Dynamics in Commodity Markets and Stabilizing Effects of a Transaction Tax*. Study Commissioned by the Austrian Federal Ministry of Finance and the Austrian Federal Ministry of Economics and Labor. Wien, Februar 2009, Seiten 74f. Aber auch eine Devisentransaktionssteuer würde sich rechnen: Spahn geht davon aus, dass innerhalb seines Modells "EU+Schweiz" ein jährliches Einkommen einer **Devisentransaktionssteuer** bei einem Steuersatz von 0,01% von 16,5-20,8 Mrd. Euro erwirtschaftet werden könnte, wobei in diesen Kalkulationen die Erlöse die über das britische Pfund oder den Schweizer Franken entstünden, noch nicht enthalten sind. Siehe: Spahn, P.B., a.a.O., Seiten 68f.

⁷ Schumann, H./Grefe, Ch. (2009) *Der globale Count-down. Finanzcrash Wirtschaftskollaps Klimawandel, Wege aus der Weltkrise*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, Seiten 190ff. und auf der Website der Deutschen Welthungerhilfe das Verzeichnis zu den Millenniumsdörfern unter <<http://www.welthungerhilfe.de/ansatz-millenniumsdoerfer.html>>

⁸ Zitat aus dem G8 Abschlusskommunique von Gleneagles.

⁹ Folgend Zahlen des OECD Sekretariats, veröffentlicht am 14.4.2010, Internetressource <http://www.oecd.org/document/11/0,3343,en_2649_34487_44981579_1_1_1_1,00.html>, siehe auch Alt, J. (2009) *Globalisierung, illegale Migration und Armutsbekämpfung – Analyse eines komplexen Phänomens*. Karlsruhe: von Loeper, Seite 263, mit dortigen Quellenangaben und Verweisen

¹⁰ Globaler Hungerindex, z.B. Deutsche Welthungerhilfe u.a. (Hrsg.) 2009 - *Der Welthunger-Index*. Ebenso: United Nations (ed.) *The Millennium Development Goals Report 2009*. Internetressource, <<http://www.un.org/millenniumgoals/>>, ebenso: World Bank (2010) *Global Monitoring Report 2010 - The MDGs after the Crisis*, Internetressource, <<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTGLOBALMONITOR/EXTGLOMONREP2010/0,,contentMDK:22519784~pagePK:64168427~piPK:64168435~theSitePK:6911226,00.html>> Global Policy Forum/ Terre des Hommes (Hrsg.) *Die globale Entwicklungskrise. Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen*. Bonn, Osnabrück, Dezember 2009.

¹¹ Speziell als Beispiel sinkende Einnahmen aus Rohstoffverkäufen kann Zambia dienen, so etwa Green, D. (2009) *A Copper Bottomed Crisis. The Impact of the Global Economic Meltdown on Zambia*. Oxfam International Discussion Paper, December 2009 Internetressource, <http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/impact_economic_crisis_%20zambia.pdf> Zu diesem und anderen Punkten siehe auch: Global Policy Forum/ Terre des Hommes, a.a.O., Seite 9, The Millennium Development Goals Report 2009, a.a.O. sowie Alt, J. (2009), a.a.O., Seiten 255-265.

¹² Wahl, a.a.O., S. 5. Konkret siehe hierzu die Dokumentation des Basic Needs Basket durch das Jesuit Centre for Theological Reflection in Lusaka (Sambia) und die Preisentwicklung von monatlich 1 835 300 Kw im Januar 2008 auf 2 696 030 Kw im Januar 2010, Internetressource, <<http://www.jctr.org.zm/bnbasket.html>>. Eine vergleichbare Studie wird in Nairobi durchgeführt vom Jesuit Hakimani Center (Mugo Phares Kirii: The Nairobi Basic Needs Basket vgl. <<http://www.jesuithakimani.org/node/24>>): Dort stiegen die Kosten von 7618,03 KSh in 2008 auf 8400 KSh in 2009.

¹³ "Most CSOs report budget decreases in those years. Most of the reductions have occurred in Sub-Saharan Africa." Aus: Executive Summary, United Nations Secretariate/NGO Committee for Social Development (ed.) Hanfstaengel, E.M. (2009) *The Global Economic Crisis and its Impact on Civil Society Organizations*. Study submitted 16th December 2009. Internetressource, <<http://ngosocdev.wordpress.com/>>

¹⁴ Ausführlich zu dieser Problematik Alt, J. (2001) *Rechtlos? Menschen ohne Papiere*. Karlsruhe: von Loeper, die sozialetische Diskussion auf den Seiten 38-86

¹⁵ "Die Hisbollah ist nach wie vor ein Staat im Staat. Sie übernimmt in völliger Eigenregie die Räumung der bombardierten Stadtteile in Südbeirut und verteilt Gelder an wohnungslose Libanesen. Jede Familie bekommt als Soforthilfe entweder ein Jahr lang Miete für einen Hotelaufenthalt bezahlt oder eine Kompensation für die zerstörte Wohnung" [Berliner Tagesspiegel, 16.8.2006].

¹⁶ Der ehemalige Nachrichtensoffizier Marc Lindemann legt dar, wie hoffnungslos die Versuche der internationalen Staatengemeinde sind, eine zentrale Ordnung in Afghanistan durchzusetzen. Lindemann, M. (2010²) *Unter Beschuss – Warum Deutschland in Afghanistan scheitert*. Berlin: Econ.

¹⁷ "Pakistans government, mired in \$36.3 billion in external debts (the 15th largest in the developing world), provides virtually no social safety net. The madrassas have stepped into the vacuum, offering free tuition and board to thousands of impoverished children. ... A Pakistan-based research group found that 64 percent of madrassa students come from impoverished peasant families – those who have the least access to education and other services. Some of these schools have been around for more than 100 years and the majority do not preach violence. Why is it that they are suddenly considered potentially dangerous incubators of terrorism? The answer

is not just that the students are poor and therefore vulnerable to being manipulated, since poverty is also nothing new. But it is the combination of economic desperation with the growing anger over U.S. policies in the Middle East that creates a potential opening for recruiters of foot soldiers for terrorist networks." In: Anderson, S. (2006) *Debt boomerang 2006: How Americans Would Benefit from a Cancellation of Impoverished Country Debts*. Institute for Policy Studies, Washington D.C., March 2006, Seiten 24f.

¹⁸ Vgl. Ziegler, J. (2009) *Der Hass auf den Westen – Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren*. Gütersloh: Bertelsmann, Huntingdon S. (2002) *Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik*. München: Goldmann sowie Castells, M. (2003) *Jahrtausendwende*. Teil 3 der Trilogie "Das Informationszeitalter". Opladen: Leske + Budrich, Kapitel "Die Auswirkungen der globalen Kriminalität auf Wirtschaft, Politik und Kultur", vor allem aber Seiten 219f.

¹⁹ Zitiert in der Basler Zeitung vom 8.1.2009

²⁰ Zu Organisiertem Verbrechen in Mittel- und Osteuropa etwa Alt 1999, a.a.O., Seiten 302ff.+355f.. Zum Verfall von *governance* und das Wiedererstarken von Gewaltherrschaft mit dem Ergebnis illegaler Migration Alt 2009, a.a.O., S. 90-106. Zum generellen "Kampf der Kulturen" und Tendenzen zum "Zerfall" von Zivilisation und Rechtsordnung siehe die Publikationen von Castells, Huntingdon und Ziegler (a.a.O., Fußnote 18), sowie Lacqueur, W. (2001) *Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus*. München: Econ, Seiten 165ff.+307ff.

²¹ "Der Großteil der Aufständischen in Afghanistan setzt sich nicht aus fanatischen Dschihadisten zusammen..., sondern vielmehr aus einem Haufen von armen Teufeln, die gegen Bezahlung die Waffe auf die Soldaten der internationalen Schutztruppe richten.... In einem stabilen Umfeld jedoch würden diese Menschen ... ein ganz normales Leben führen." [Lindemann, a.a.O., S. 91]. Ebenso beschreibt Lindemann die Probleme bei der Bekämpfung Aufständischer, die in zivilen Wohngebieten Unterschlupf und Versteck finden [Seite 80]

²² Unter <http://www.bmz.de/themen/imfokus/friedenssicherung/index.html>

²³ Z.B. Sachs, J. (2005) *Das Ende der Armut*. München: Siedler. Hierzu ausführlich Alt 2009, a.a.O., Seiten 255ff.

²⁴ Zur Veranschaulichung geltender Relationen: Für 16 Pilotprojekte im Bereich Migration, Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung stehen für den Zeitraum von 2001-2010 insgesamt 21 475 627 Euro zur Verfügung, für den External Border Fund für den Zeitraum 2007-2013 aber 1 590 000 000 Euro. Ausführlicher mit Quellenbelegen siehe Alt 2009, a.a.O., Seite 257

²⁵ Ziffer 56 des Strategiepapiers 9809/98 zur Migrations- und Asylpolitik.

²⁶ So kam es Ende September 2009 zu einem Erdbeben mit vielen Toten auf Sumatra, im Februar 2010 zu einem Erdbeben mit vielen Toten in Chile...

²⁷ Hierzu zusammenfassend und mit weiteren Literaturverweisen Alt 2009, a.a.O., Seiten 118ff., siehe aber auch das Jahresgutachten 2007 ("Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel") des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung nennt unter den "sechs Gefährdungen der internationalen Stabilität und Sicherheit" die "Induzierung und Verstärkung von Migration." Konkret: "Migration könnte mit ungebremst steigenden globalen Temperaturen zu einem der großen Konfliktfelder der künftigen internationalen Politik werden." Internetressource, <http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html#Heading6> und empfiehlt, "Migration kooperativ (zu) steuern." Internetressource, <

http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html#Heading19>. Konkrete Anhaltspunkte für den Teufelskreis aus Dürre, Binnenmigration, soziale Unruhe in Slums und die Gefahr von illegaler Migration und Menschenhandel kann man auch in Kenia aufgrund der lang anhaltenden Dürre beobachten (Siehe Mugo Phares Kirii, a.a.O.)

²⁸ Zum Mehrbedarf an externer Hilfe im Kontext des Klimawandels siehe Global Policy Forum/Terre des Hommes (Hrsg.), a.a.O., Seiten 27f.

²⁹ Alt, J.: Von Fischern, Flüchtlingen und Piraten, Thesenpapier. Internetressource, <http://www.joergalt.de/fileadmin/Bildgalerie/Joerg_Alt/Vortraege/2009/Von_Fischern_Fluechtlingen_und_Piraten.pdf> sowie Alt 2009, a.a.O.

³⁰ Siehe zu letzterem beispielsweise den Auszug aus einer Effizienzauswertung der US-Terror-Abwehrmaßnahmen: "Over the past decade, the largest increases in OTM ("Other Than Mexican" (immigrants)) apprehensions have occurred among Hondurans, Salvadorans, and Brazilians, particularly after 1998. Pressures to migrate from these countries increased considerably during this time. The Honduran economy was devastated by Hurricane Mitch in 1998; El Salvador suffered not only the effects of Hurricane Mitch, but two powerful earthquakes in 2001; and Brazil experienced a period of economic stagnation from 2001 through 2003. While none of these countries is a likely source of terrorists bent on attacking the United States, the larger and more extensive smuggling networks which OTM migrants use offer foreign terrorists the best chance of illicitly entering the United States." Aus: Immigration Policy Center (ed.) Ewing, W. (2006) *US Border – Enforcement Policies and National Security*. Special Report, Spring 2006, Seiten 8f.

³¹ Die Schweiz, GB und USA erzielen 20% und mehr ihrer Wirtschaftsleistung im Finanzsektor. [Aus: "Wenn die Banken selbst die Fäden ziehen". Handelsblatt, 26.11.2009]

³² Vgl. Krugman, P. (2009) *Die neue Weltwirtschaftskrise*. Frankfurt: Campus

³³ Vgl. Interview im SWR unter <http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=4039980>

³⁴ Siehe etwa: De-facto. Informationsdienst des deutschen Bankenverbands, Nr.7 vom Januar 2010.

Internetressource, < <http://www.bankenverband.de/html/defacto/ausgabe-07/auswirkungen-einer-moeglichen-finanztransaktionssteuer.asp>>

³⁵ Ansprache an den IX. Munich Economic Summit am 29.4.2010. Siehe ebenso Neujahrsansprache 2010 an das diplomatische Korps, das Focus Interview am 22.3.2010 sowie seine Ansprache anlässlich der Vereidigung der neuen Bundesregierung am 28.10.2009.